



**Pressegespräch zur Initiative
„Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen: Indien“
der Deutschen Bischofskonferenz
am 21. September 2010 in Fulda**

**Statement von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg),
Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen
Bischofskonferenz**

Die Deutsche Bischofskonferenz hat im Jahr 2003 die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ ins Leben gerufen. Sie will damit die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und Öffentlichkeit stärker auf die Situation jener Christen lenken, deren Menschenrechte wegen ihres Glaubens eingeschränkt und missachtet werden. Zu diesem Zweck wird jährlich eine Arbeitshilfe veröffentlicht, die sich einer wechselnden Schwerpunktregion widmet. In diesem Jahr befassen wir uns mit der Situation in Indien.

I.

Lassen Sie mich zunächst in aller Kürze einige grundsätzliche Bemerkungen zum Thema „Christenverfolgung“ machen. In den letzten Jahren dürfte in der kirchlichen wie der gesellschaftlichen Öffentlichkeit deutlicher als zuvor erkannt worden sein, dass Diskriminierung, Marginalisierung und manches Mal sogar massive Angriffe auf Leib und Leben von Christen auch nach dem Ende von Ostblock und Sowjet-System nicht vorüber sind. Auch in unseren Tagen ist es an vielen Orten gefährlich und mit einem hohen Preis verbunden, sich zum Christentum und seinen Werten zu bekennen. Man denke an die Lage der christlichen Iraker, von denen viele in den zurückliegenden Jahren ihr Land verlassen mussten. Auch aus Ländern des Maghreb (Tunesien, Algerien, Marokko, Libyen, Mauretanien) wurden in jüngster Zeit antichristliche Vorfälle gemeldet.

Etwas schematisch lassen sich im Hinblick auf die Bedrängung und Gefährdung von Christen drei Grundsituationen unterscheiden:

- In manchen Ländern wird das religiöse Bekenntnis zwar grundsätzlich geachtet. Sobald Christen sich jedoch – auf der Grundlage ihres Glaubens – mutig für die Menschenrechte einsetzen und sich an die Seite der Armen

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

stellen, sind sie gefährdet. Manchmal geht die Gewalt von Regierungen aus, öfter aber von gesellschaftlichen Gruppen, die den Verlust ihrer Privilegien fürchten. Besonders in Lateinamerika haben Priester und Laien in den vergangenen Jahrzehnten einen *hohen Blutzoll für ihr gesellschaftliches Engagement* entrichtet. *In den entlegenen Gebieten des Kontinents werden sie auch heute noch bedroht, wenn sie Mächtigen ins Gehege kommen.*

- Auch die Situation in einer Reihe spätkommunistischer Staaten ist nach wie vor bedrückend. Zwar hat sich in China und Vietnam manches gebessert. Die Kirche lebt dort inzwischen freier, wenngleich sich die Verhältnisse regional sehr unterschiedlich darstellen. Aber nach wie vor wird in diesen Ländern der Aktionsradius von Kirche und Christen eingengt, und *die staatlichen Behörden beanspruchen das Recht, in die inneren Angelegenheiten der Kirche einzugreifen*. Religionsfreiheit ist hier eher obrigkeitlich *gewährt* als menschenrechtlich *gewährleistet*. Je nach politischer Opportunität können die religiösen Rechte deshalb auch schnell widerrufen werden.
- Massiv angewachsen ist in den letzten Jahren vor allem die Bedrohung von Kirchen und Christen in manchen islamisch geprägten Ländern. Hier macht sich ein erstarkter religiöser Fundamentalismus bemerkbar, der aus dem Wahrheitsanspruch der eigenen Religion einen alleinigen und absoluten Geltungsanspruch in Gesellschaft und Staat ableitet. *Islamische Fundamentalisten* haben in einigen Ländern auf staatlicher Ebene großen Einfluss gewonnen, sodass Christen durch gesetzliche Diskriminierung zu Bürgern niederen Ranges herabgestuft und an der Ausübung ihres Rechtes auf Religionsfreiheit gehindert werden. Ich verweise auf Länder wie den (Nord-)Sudan oder den Iran, wo gemäß den Strafgesetzbüchern, die auf dem islamischen Recht, der Scharia, basieren, *Muslimen, die zum Christentum konvertieren, sogar die Todesstrafe droht*. Nicht-muslimischen Bürgern wird die Ausübung ihrer Religion sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

II.

In den Komplex der Christenverfolgungen, denen ein religiös-kultureller Fundamentalismus zugrunde liegt, gehört auch das Thema, mit dem sich die deutschen Bischöfe in diesem Jahr besonders auseinandersetzen: die Lage der Christen in Indien. Christen sind dort im Visier gewaltbereiter Hindu-Fundamentalisten, die sich gegen alles vermeintliche „Nicht-Indische“ wenden und deren Ziel die Errichtung eines reinen Hindu-Staates ist. Grundlage dieses Fundamentalismus ist die Hindutva-Ideologie, in der nationalistisches und rassistisches Gedankengut zu einem politischen Programm verschmelzen. Zu diesen religiös-ideologischen Hintergründen kann der heute anwesende Leiter der Fachstelle Menschenrechte des Internationalen Katholischen Missionswerkes Missio in Aachen, Dr. Ottmar Oehring, nähere Auskunft erteilen. Im Frühjahr 2010 hat er mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages die Krisenregionen in Indien besucht.

Ich möchte hier klarstellen: Indien ist ein riesiges Land, und die Situation der Christen stellt sich von Provinz zu Provinz sehr unterschiedlich dar. Im Bundesstaat Kerala, wo ca. 10 Prozent der Bevölkerung der katholischen Kirche angehören, sind die Christen geachtete Mitglieder der Gesellschaft; das Zusammenleben mit den Hindus verläuft hier in der Regel kooperativ und friedlich. Aggression gegen Christen ist also kein gesamtindisches Phänomen. In manchen Landesteilen aber ist die Lage der Christen prekär, und in einigen Bundesstaaten hat sich hindu-nationalistischer Hass bereits wiederholt in gewalttätigen Ausschreitungen gegen religiöse Minderheiten. Nicht übersehen werden darf auch, dass die politischen Vertreter des Hindu-Fundamentalismus, insbesondere die Indische Volkspartei, in ganz Indien aktiv sind und in einigen Bundesstaaten die Regierung stellen.

Im Bundesstaat Gujarat, in dem die Indische Volkspartei bis heute in der Regierungsverantwortung ist, kam es 2002 zu blutigen Ausschreitungen *gegen Muslime*. Gegen Christen tobte zuletzt im August 2008 im indischen Bundesstaat Orissa eine Gewaltwelle: Radikale Hindus zerstörten christliche Einrichtungen. 118 Menschen verloren ihr Leben, 54.000 Christen ihr Dach über dem Kopf. Auch dort waren Hindu-Nationalisten in der Regierung, sodass erst der Einsatz der Bundespolizei die Situation befrieden konnte. Örtliche Behörden hatten gar nicht oder nur zögerlich geholfen.

Damals trat mit einem Schlag die Lage der indischen Christen ins Bewusstsein der Menschen in Deutschland. Aber wie sieht die Lage in Indien heute, zwei Jahre später aus? Hat sich die Situation verbessert oder grundlegend gewandelt? Ist den Opfern Recht und Wiedergutmachung für die entstandenen Leiden widerfahren? Es freut mich, das Schwester Nirmalini, die bereits 2008 kurz nach den Ausschreitungen in Orissa war und vor wenigen Monaten die Region erneut besuchte, heute hier bei uns sein kann. Sie wird uns von der aktuellen Situation der Christen in Orissa berichten.

III.

Mit unserer Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ wollen wir Öffentlichkeit in unserer Gesellschaft herstellen, wir wollen Bewusstsein und Wahrnehmung verändern. Diesem Ziel dient die Broschüre, die heute veröffentlicht wird, ebenso wie eine Tagung zur Lage der Christen in Indien, die die Deutsche Bischofskonferenz gemeinsam mit dem Werk Missio am 7. Oktober 2010 in Berlin durchführt, an der ich teilnehmen und sprechen werde. Diese Veranstaltung wird auch Gelegenheit zum Gespräch mit Vertretern von Bundesregierung und Bundestag bieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Christen und alle Religionsgemeinschaften für das Ziel, ohne Verfolgung und Bedrängung leben zu können, die

Staaten und deren Regierungen brauchen. In Deutschland dürfen wir für die Initiativen unserer Bundesregierung, einzelner Politiker und ihrer Parteien froh und dankbar sein, mit denen sich diese für die verfolgten und bedrängten Christen und auch für Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften in verschiedenen Ländern dieser Welt einsetzen. Die Religionsfreiheit hängt engstens mit der grundsätzlichen und umfassenden Wahrung der Menschenrechte zusammen. Für die Wahrung der Menschenrechte sind die Staaten und Regierungen verantwortlich.

Wenn Angehörige von Religionsgemeinschaften verfolgt oder bedrängt werden, dann kann das erstens an Gesetzen liegen, die die Menschenrechte nicht oder nicht in allen einzelnen rechtlichen Bestimmungen wahren. Es kann zweitens daran liegen, dass Verstöße gegen die Religionsfreiheit durch andere religiöse Gruppen oder Einzelpersonen nicht genügend geahndet werden, weil Polizei und Justiz nicht hinreichend dazu veranlasst werden. Es kann sogar drittens sein, dass die Regierungen sowie Polizei und Justiz solche Verstöße zulassen oder sogar fördern, weil sie korrupt sind und von den Interessenten oder Verursachern solcher Verstöße materiell oder ideell ‚*entlohnt*‘ werden. In diesen Fällen muss zuerst vor Ort auf die zuständigen Regierungen eingewirkt werden, das Entsprechende zu tun. Es ist aber auch eine Aufgabe von Nachbarstaaten und der Internationale Gemeinschaft, die Wahrung der Menschenrechte einzufordern. Nur im Miteinander von Kirchen, Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Regierungen kann die Verfolgung und Bedrängung von Christen und aller Religionsgemeinschaften überwunden werden.

Wir wollen aber vor allem mit unserem Einsatz für die verfolgten Christen einen Impuls in die Kirche hinein geben. Denn als Christen, die in unserem Land in gesicherter Freiheit leben, sind wir in besonderer Weise verpflichtet, denen, die wegen ihres Glaubens bedrängt werden, zur Seite zu stehen. Dies nimmt, um keine Missverständnisse entstehen zu lassen, nichts weg von der Solidarität, die wir Christen allen Opfern ungerechter Gewalt schulden. Aber wie sollte diese umfassende Solidarität glaubhaft sein, wenn wir uns nicht auch an die Seite der eigenen Schwestern und Brüder im Glauben stellen?

Diese Solidarität mit unseren Glaubensgeschwistern hat zum einen eine materielle Seite. Das heißt: Durch die Unterstützung vieler Spender sind unsere Werke, Diözesen und Orden in der Lage, den bedrängten Mitchristen Hilfe zukommen zu lassen. Christliche Solidarität hat zum anderen immer auch eine geistliche Dimension. Es ist wichtig, dass sich die Gläubigen im Gebet mit jenen verbinden, die um ihres Christ-Seins willen Not leiden. Für die Verfolgten bedeutet dies Ermutigung und Bestärkung. Wir anderen aber können gerade von den um des Glaubens willen Verfolgten und Bedrängten in besonderer Weise erfahren, was es heißen kann, als Christ zu leben, und auch, wer derjenige ist, dem Christen nachfolgen. In der Bergpredigt, einem Herzstück des christlichen Glaubens, heißt es: „Selig, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn ihnen gehört das Himmelreich“ (Mt 5,10).